

Bürgerinitiative »Gemeinwohl hat Vorfahrt«

c/o Hans-Georg Heinscher, Untere Matthias-Claudius-Straße 12, 65185 Wiesbaden

E-Mail: post@gemeinwohlhatvorfahrt.de

Internet: www.gemeinwohlhatvorfahrt.de



Anregungen für die Zukunftssicherung des Schelmengrabens

Eine ausreichende ärztliche Versorgung ist ein Kernelement der Daseinsvorsorge und zur Sicherung der Lebensqualität unverzichtbar. Das gilt für alle Bevölkerungsgruppen und darf kein Privileg von Menschen an privilegierten Standorten in Wiesbaden sein.

Tatsächlich zählt ganz Dotzheim – und nicht nur der Schelmengraben – mit rund 36% zu den zahlreichen unterversorgten Stadtteilen Wiesbadens. Doch solange im Stadtgebiet mit 119% insgesamt eine ärztliche Überversorgung herrscht, ist die »Kassenärztliche Vereinigung« (KV) rechtlich leider nicht verpflichtet, in Ortsteilen mit zu geringer Arztdichte nachzubessern.

Natürlich macht es grundsätzlich Sinn, mit der KV ein ernstes Wort zu reden und eine Beseitigung des Ungleichgewichts in Wiesbaden anzumahnen – doch bis solche Gespräche Ergebnisse bringen, kann sehr viel Zeit ins Land gehen und diese Zeit haben wir im Schelmengraben nicht.

Deshalb sollte man über einen anderen Handlungsansatz nachdenken:

Beim »St. Josefs-Hospital« trifft man auf das Ärztezentrum »medicum« mit mehr als 60 Fachärztinnen und –ärzten aus 16 Fachgebieten. Zur »Asklepios Paulinen Klinik« gehört das große »Asklepios Gesundheitszentrum«. Würden die »HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden« (HSK) ebenfalls ein Ärztehaus (möglichst mit Pflegestützpunkt) anbieten, dann wären dem Schelmengraben und ganz Dotzheim wirksam geholfen. Zwar braucht eine solche Lösung den Segen der KV – aber wo ein finanzstarker Wille ist, da findet sich oft ein erstaunlich kurzer Weg.

Die HSK sollten auch in anderer Hinsicht mehr Aufmerksamkeit für den Schelmengraben aufbringen. Der Versuch der Klinik, Pflegepersonal anzuwerben, gestaltet sich schwierig. Ein Grund dafür ist: Wer trotz recht karger Bezahlung in einem solchen Job arbeiten will, sucht nach preisgünstigem Wohnraum, möglichst in Nähe zum künftigen Arbeitsplatz. Ein solches Angebot wäre im Rahmen der Nachverdichtung im Schelmengraben leicht zu schaffen, aber bitte nicht in Form eines althergebrachten Schwestern- oder Pfleger-Wohnheims. Solche Einrichtungen kapseln sich erfahrungsgemäß von ihrem Umfeld ab und leisten gerade keinen nennenswerten Beitrag zum sozialen Miteinander. Tatsächlich geht es auch anders und klüger: Schafft man ausreichend Wohnungen, die sich Pflegepersonal leisten kann und die seinen Erwartungen in Größe, Zuschnitt und Ausstattung entsprechen, dann greift es auch zu – besonders wenn sich die HSK dazu aufrafft, ein Kontingent solcher Wohnungen bereitzustellen. Weiterer Vorteil: Die GWH kann sich der Vermietung der entsprechenden Wohneinheiten sicher sein und Ängste, für die vergleichsweise preisgünstigen Wohnungen fänden sich keine Menschen mit Stellen im ersten Arbeitsmarkt, erwiesen sich als haltlos. Welche Wohnform dem Bedarf von Pflegepersonal entspricht, lässt sich unschwer ermitteln. Vielleicht wären die vom Ortsbeirat Dotzheim eingeklagten Formen gemeinschaftlichen Wohnens ja das Mittel der Wahl.

Was für das fehlende Pflegepersonal der HSK gilt, trifft auch auf Studierende der »Hochschule RheinMain« (HSRM) zu. Auch sie sind in der Regel nicht sonderlich gut bei Kasse und beißen sich am völlig überbelegten Wiesbadener Wohnungsmarkt die Zähne aus. Würde die HSRM ihren Teil dazu beitragen, dass Studierende im Schelmengraben eine angemessene Bleibe ohne Kasernierung in einem Gebäude finden, dann wäre allen geholfen: den unmittelbar Betroffenen und dem Schelmengraben, der dank dieses Zuzugs an Lebendigkeit gewönne.

»Gemeinwohl hat Vorfahrt« erwartet eine ernsthafte Prüfung dieser Vorschläge. Wir wissen: Konstruktives Denken ist nicht alles, aber ohne konstruktives Denken ist alles andere nichts!